

Am vergangenen Sonntag, dem 26. März 2023, konnten die Kubaner die 470 Abgeordneten für ihr nationales Parlament wählen. Fast 76 % der mehr als 8 Millionen Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil.

90 % der Stimmen waren gültig, 3,5 % ungültig und 6 % leer. 72 % der Stimmen waren "Kopfstimmen" (Zustimmung zur gesamten Liste). Die Wahlbeteiligung und die Ergebnisse zeigen das starke Engagement der Kubaner für diesen demokratischen Prozess und ihr Vertrauen in die vorgeschlagenen Abgeordneten.

Freie und geheime Wahlen

Da man hierzulande wenig darüber hört, denken manche Leute, dass es in Kuba keine Wahlen gibt. Doch es gibt sie, nur werden sie völlig anders durchgeführt als bei uns.

Neben den Kommunalwahlen finden alle fünf Jahre auch nationale Wahlen statt. Jeder Kubaner kann wählen und kandidieren, sobald er 16 Jahre alt ist (16 für die Gemeinde, 18 für das Parlament). Es gibt keine Wahlpflicht und die Wahl ist geheim.

Drei Stufen

Die Kommunistische Partei mischt sich nicht in die Wahlen ein. Unter den Gewählten befinden sich natürlich auch Parteimitglieder, aber es gibt auch gewählte Mitglieder, die keine sind.

Die Wahlen finden in drei Phasen statt: Nominierung, Ernennung und Wahl. Alles wird von Wahlausschüssen geleitet, deren Vorsitz jemand aus der Gewerkschaft innehat.

Bei den Kommunalwahlen werden die Kandidaten zunächst in den Wahlbezirken nominiert ("precandidatos"). Jeder kann sich selbst oder eine andere Person vorschlagen. Nach der Abstimmung im Wahlkreis (durch Handzeichen) können sie als Kandidaten aufgestellt werden (Nominierung). Die Nominierung hängt hauptsächlich vom (politischen) Verhalten des Kandidaten ab, davon, was er oder sie bereits für die Gemeinschaft getan hat, usw.

Für nationale Wahlen nominieren Gewerkschaften, Bauernverbände, Frauenvereinigungen, Studentenorganisationen usw. auf die gleiche Weise Kandidaten durch Gemeinde-, Provinz- und Nationalversammlungen. Die Kandidaten selbst müssen nicht Mitglied dieser Organisationen sein: Die Studentenvereinigung kann beispielsweise einen Lehrer oder eine andere Person nominieren ... Die Wahlausschüsse prüfen, ob die Kandidaten die Wahlkriterien erfüllen.

In einer zweiten Phase ist es Aufgabe der (kommunalen) Nominierungsausschüsse, die Vorschläge den Gemeinderäten zu unterbreiten. Die Abgeordneten der Gemeindeversammlungen haben die Befugnis, einen, einige oder alle der vorgeschlagenen Kandidaten zuzulassen oder abzulehnen. Die nominierten Kandidaten benötigen eine Ja-Stimme von mehr als 50 Prozent der anwesenden Delegierten. Diese Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Die Nominierung von Kandidaten kann von bis zu 50 Prozent der Delegierten der Gemeindevertreter erfolgen. Die Anzahl der Nominierungen pro Gemeinde entspricht der Anzahl der Volksvertreterkandidaten, die die Gemeinde zu wählen berechtigt ist (1 pro 30.000 Einwohner mit einem Minimum von 2 pro Gemeinde).

An diese Nominierungsphase schließen sich Wahlen (pro Wahlkreis) an, bei denen die Wähler (bei nationalen Wahlen) mehrere Kandidaten wählen können.

Nach ihrer Nominierung gehen die Kandidaten ins Feld, um ihre Wähler zu treffen und ihnen zuzuhören. Die Parteizeitung Granma berichtete beispielsweise über die Besuche des Präsidenten, des Parlamentspräsidenten usw.

Die Wahl der Kandidaten bei den Kommunalwahlen unterscheidet sich von der bei den nationalen Wahlen. Bei den Kommunalwahlen können mehrere Kandidaten für ein Mandat kandidieren, aber

der Wähler kann nur einen Kandidaten wählen. Es müssen mindestens zwei Kandidaten für ein Mandat aufgestellt werden.

Bei den nationalen Wahlen gibt es so viele Kandidaten wie Mandate. Der Wähler kann für alle Kandidaten stimmen (Kopfstimme) oder für einen oder mehrere Kandidaten stimmen oder nicht. Bei den eigentlichen (geheimen) Wahlen, der dritten Stufe, können die Kandidaten, die mindestens die Hälfte der Stimmen erhalten, das Mandat erringen.

Propaganda, Versprechungen oder Geld ... spielen keine Rolle

Um jedem Kandidaten die gleichen Chancen zu geben, wird keine Propaganda betrieben. Lediglich Fotos und Biografien der Kandidaten werden öffentlich gezeigt. Um gewählt zu werden, müssen die Kandidaten 50 Prozent der Stimmen erhalten; es gibt so viele Mandate wie Kandidaten. Erreicht ein Kandidat die 50 Prozent nicht, folgt ein zweiter Wahlgang.

Das Parlament besteht aus 470 gewählten Mitgliedern (135 weniger als in der vorherigen Legislaturperiode). 135 werden auf Provinzebene nominiert, 114 auf nationaler Ebene und 221 von der Basis, den Bezirksvertretern. Auf 30 000 Einwohner kommt 1 gewählter Abgeordneter, mindestens jedoch 2 pro Gemeinde.

Die Gewählten sind Teil der Nationalversammlung der Volksmacht, der Asamblea Nacional del Poder Popular (ANPP). Das Parlament ist das höchste gesetzgebende Organ Kubas. Es wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie die Mitglieder des Staatsrats und des Ministerrats. Außerdem ernennt es den Ministerrat und die Mitglieder des Obersten Gerichtshofs.

Die Gewählten: vielfältig und jung

Ein gewählter Abgeordneter muss das ganze Land vertreten und im Sinne der sozialistischen Verfassung und Moral arbeiten. Für die Amtszeit in den Kommunal- und Nationalräten werden die gewählten Vertreter nicht bezahlt. Sie können sich gegen Bezahlung von ihrer normalen Arbeit freistellen lassen, aber für das Mandat gibt es keine Vergütung. Das Mandat ist also eine reine Verpflichtung, die keinen finanziellen Anreiz bietet. Bei den letzten Wahlen wurde ein hoher Anteil an Frauen gewählt, mehr als die Hälfte (52 %) der Gewählten sind Frauen.

Die Liste für das nationale Parlament wird so aufgestellt, dass alle Bereiche der Gesellschaft vertreten sind: Studenten, Arbeiter, Landwirte, Wissenschaftler, Krankenschwestern, Ärzte, Sportler, Journalisten, Künstler, Intellektuelle, Militärs. Von den derzeitigen Kandidaten sind 55 % Frauen und 45,5 % Nicht-Weiße. 95 % haben einen Hochschulabschluss. Es gibt 94 junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren; das Durchschnittsalter eines Volksvertreters wird 46 Jahre betragen.

Die hohe Wahlbeteiligung und der hohe Prozentsatz an gültigen (führenden) Stimmen beweisen einmal mehr, dass die große Mehrheit der Kubaner das sozialistische Projekt unterstützt. Die neue ANPP wird am 19. April 2023 zusammentreten und u. a. einen neuen Präsidenten wählen.